

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaction: Jos. Brunau.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Orlansblatt. Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 20 Ffg. pro Quartal beigegeben.

Ankündigungen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem kaufkräftigsten Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die 6-gelappte Zeile oder deren Raum 15 Ffg. Bei größeren Anzeigen und öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Anzeigen-Entnahme durch alle bewährten Anzeigen-Expeditionen.

Nr. 108.

Montag den 13. Mai 1895. (Servatius.)

22. Jahrgang.

Deutschland.

* Berlin, 11. Mai.

*** Schluß oder Vertagung des Reichstags.** Den künftigen Entscheidungen über die weitgehende Frage, ob Schluß oder Vertagung des Reichstags, mit denen manche Spalte voll geworden, folgen jetzt in zahlreichen Blättern die Versicherungen vom nahen Reichstagschluß. Bald ist der 27., bald schon der 20. Mai, an dem die arbeitssame und ergebnisseere Tagung ihr Ende finden soll. Erklärlich paßt dies in jene Rechnung, die der „Unfruchtbarkeit dieses Reichstages“ bedarf, um auf ihr Facit „Fort mit ihm!“ zu kommen. Wenn an der Feststellung der wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben, die dieser Tagung eigentlich von Anfang an gestellt waren, liegt, anstatt daß er Partei- oder vielleicht auch Krisenpolitik trieb, der muß dem Reichstag wie der Reichsregierung zutrauen, ja, von derselben fordern, daß in der Gewerkschaften, insbesonders der anderweitigen Regelung des Hauswirtschafts, in der Zucker- und Brauereiwirtschaft, der Vörsenreform, womöglich auch noch der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, ein Abbruch erzielt werde. Und dazu hat der Reichstag noch die volle Zeit. Um so befriedigter werden dann seine Mitglieder an den Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals Theil nehmen können. Und darum sollte unseres Erachtens auch die erste Preisfrage nicht dazu herbeiführen, Stimmung für ein vorzeitiges Abbrechen der Arbeiten der Reichsversammlung zu machen. Bewilligt hat der Reichstag ausreißend, auch abgelehnt genug: lasse man ihm die Zeit, auch zur Geländung und Förderung unseres wirtschaftlichen Lebens das Positive zu schaffen, wogegen die kurze Zeit, die dafür nötig, in keiner Weise ins Gewicht fällt!

*** Das Reichsbudget für den General v. Pappe** fand Samstag Nachmittag um 4 Uhr statt. Der Kaiser trat kurz vorher im Trauerhause ein. Der Trauerzug legte sich nach 4 1/4 Uhr nach dem Invaliden-Friedhof in Bewegung. Dem Sarge, der mit unzähligen Kränzen bedeckt war, folgten die männlichen Familienmitglieder; unmittelbar hinter diesen schritten der Kaiser, darauf die Ritter des Schwarzen Adlerordens, das gesamte Hauptquartier, zahlreiche Abordnungen des Officierscorps und der Kriegervereine. Die Beisetzung erfolgte unter dem üblichen Ehrensalut.

*** Zum Fall Roze** gibt die „Saale-Ztg.“ folgendes Gerücht wieder, das, wenn auch in etwas anderer Gestalt, schon seit Langem kursiert: Der Verdacht, die anonyme Briefe geschrieben zu haben, scheint sich nunmehr auf eine Dame gelenkt zu haben, eine Dame, die in keinen Beziehungen zum Roze steht, wenn auch zu einem hervorragenden Aristokraten. Diese Dame, die von der legitimen Gesellschaft nicht als Dame betrachtet wird, soll eines Tages mit einer großen Kavalkade, begleitet von zwei Dienern in Uniform, den Linden entlang geritten sein. Die Gräfin Frey-Hohenau, so erzählt man, sei dieser Kavalkade begegnet, habe aus der Kutsche der Diener auf den vornehmen Charakter der Gesellschaft geschlossen, sich verneigt und gegrüßt und dann aus dem schadenfrohen Lächeln der Bedienten erkenne, daß sie sich getraut habe. Es sei über die Freundin des Aristokraten viel am Hofe hin und her gesprochen worden, es sei die Forderung aufgetaucht, daß jene Dame, die nicht als Dame betrachtet wird, aus Berlin ausgewiesen werde, wozu es aber an rechtlichen Gründen mangelt, und aus Rache habe dann jene Dame, die keine Dame sein soll, die bedenklichen Briefe und Postkarten, namentlich auch an die Gräfin Frey-Hohenau, geschrieben und diese Gräfin vielfach in der gemeinsten Weise verlästert.

*** Regierungseitig** werden jetzt Nachrichten verbreitet, als ob eine Verlängerung der Sitzungen des Reichstages bis Mitte Juli im Plane der Regierung liege. Glauben findet dergleichen nicht. Denn eine Beschlußfähigkeit des Reichstags läßt sich nicht erzwingen. — Wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, hält die Regierung daran fest, das Vörsengesetz noch in dieser Tagung dem Reichstag zugehen zu lassen, daß dagegen die Einbringung des Entwurfs über den unlauteren Wettbewerb fallen lassen.

*** Das Programm zu den Eröffnungsfeierlichkeiten des Nord-Ostsee-Canals** ist nunmehr in folgender Weise definitiv festgestellt: A. Canalfahrt (über Hamburg): Mittwoch, 19. Juni, Abends Abfahrt von Hamburg. Donnerstag, 20. Juni, Morgens: Einfahrt durch den Canal auf Schnell dampfern des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft. Nachmittags: Ankunft in Goltzenau, ober: Eisenbahnfahrt direct nach Kiel. Donnerstag, 20. Juni, Morgens: Fahrt mittelst

Sonderzugs von Berlin nach Kiel, Ankunft 1 Uhr, zu Schiff nach Goltzenau gegen 2 Uhr. B. Donnerstag, 20. Juni, Abends: Ballfest in der Marine-Akademie, oder: Zwanglose Vereinigung auf Bellevue. C. Freitag, 21. Juni, Vormittags 11 Uhr: Fest und Schlußfeierlegung auf dem Festplatz an der Canaleinfahrt bei Goltzenau; Nachmittags 2 Uhr: Flottenparade; Abends 8 Uhr: Festmahl in der Festhalle bei Goltzenau. Sonabend, 22. Juni, Nachmittags: Flottenmanöver vor der Kieler Fährde, Rückfahrt.

Auch dem Abgeordnetenhaus ist die offizielle Einladung zur Theilnahme an den Festlichkeiten zugegangen. Es sind dem Hause im Ganzen 50 Karten zur Verfügung gestellt worden. Davon erhält der Vorstand für seine Mitglieder zunächst 13 Karten. Die übrigen 37 werden auf die Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke verteilt.

*** In der Wahlprüfungs-Commission des Reichstages** wurden die Mandate der Abgg. Fuchs (Vörsen-Gesellschaft, Centrum), v. Salisch (Militär-Verband, etc.) und Walter (Sena-Neustadt, n.l.) für gültig erklärt.

*** Sachfengänger Auswanderung und Einwanderung von Arbeitern in Preußen 1894.** Ueber den Abgang einheimischer Arbeiter und Sachfengänger und Auswanderung und den Zugang ausländischer Arbeiter aus Preußen und Ostpreußen im Jahre 1894 liegen folgende amtliche Zahlen vor: Abgang einheimischer Arbeiter durch Sachfengänger in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Bergbau 82,827 (1893: 88,798), durch Auswanderung 4132 (1893: 7584). Der Gesamtabgang beträgt 45,936 männliche und 41,023 weibliche Arbeiter, zusammen 86,959 (1893: 96,382). Zugang ausländischer Arbeiter aus Rußland 24,209 (1893: 21,047), aus Ostpreußen 3436 (1893: 2305). Der Gesamtzugang beträgt demnach 16,859 männliche und 10,786 weibliche Arbeiter, zusammen 27,645 (1893: 23,321).

*** Hohenlohe-Krise.** Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ schreibt in ihrer Abend-Ausgabe vom 7. d. M.: „Aus Berlin wird uns von guter Seite versichert, daß tatsächlich eine Hohenlohe-Krise bestanden hat, daß es aber unrichtig ist, dieselbe mit der Umfuz-Vorlage in Verbindung zu bringen; der Grund der Krise soll vielmehr in der japanischen Frage zu suchen gewesen sein.“ Die offizielle „Berl. Corr.“ bemerkt dazu: „Dem Verbreiter dieser Nachricht kann nur empfohlen werden, die Rede des Herrn Reichstagslers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Januar d. J. nachzulesen. Was in dieser Rede über die völlige Haltlosigkeit der damaligen Krisengerichte gesagt worden ist, trifft auch im vorliegenden Falle zu.“

*** Die Brauereiwirtschafts-Commission** des Reichstages lehnte den Artikel 2 § 1, der den Kern des Gesetzes über die Brennweinsteuer enthält, und alle dazu gestellten Anträge ab. Doch wird eine Verständigung in einem dazu gebildeten Unter-Ausschuß erwartet.

*** Weimar, 10. Mai.** Reichstags-Stichwahl. Bis heute Vormittag wurden gegäht für Reichsmuth (cons. bay. Bund der Landwirthe) 7879 und für Baubert (soc.-dem.) 9061 Stimmen. Das Ergebnis von 35 Districten steht noch aus.

Belgien.

*** Brüssel, 10. Mai.** Die Kammer hat die ins Endlos auswachsende Beratung des Budgets unterbrochen, um die Regierungsvorlage über die neuen Bölle in Angriff zu nehmen. Diese Vorlage soll dem Rufe nach Schutz und Hilfe entgegenkommen, den hier wie anderwärts die Landwirtschaft erschaffen läßt. Selbstamer Weise ist indessen in der Vorlage viel weniger von solchen Böllen die Rede, welche die Landwirtschaft irgend interessieren können, als von solchen, die ausschließlich der Industrie, vor allem der Textilindustrie zu gute kommen. Der Grund davon liegt in dem Umfange, daß diejenigen Mitglieder des Ministeriums, welche, wie der Finanzminister der Smet und der Gewereminister der Bruen, der allerdings zugleich Waldbauminister ist, persönlich der Großindustrie angehören und ihre Zustimmung zu der Forderung von landwirtschaftlichen Böllen nur unter der Bedingung zu geben bereit waren, daß gleichzeitig für die nationale Industrie ein Mehreres gelte. So wurde aus der Forderung landwirtschaftlicher Schutzölle eine umfassende Schutzollvorlage, die mit ihren Forderungen nur erst an der Grenze der bestehenden und in abänderlichen Handelsverträgen halt machte. Am

befriedigten von der Vorlage zeigten sich denn nun auch die betreffenden Industriekreise, während die Landwirtschaft, weil alle Brodfrüchte unbetroffen bleiben sollen, ebenso wie landwirtschaftliche Fabrikatprodukte und Molkereiprodukte, die Vorlage als eine unzureichende Abschlagerung betrachteten und mehr verlangten. Eine Mehrheit für die Vorlage wäre von vornherein ausgeschlossen, wenn nicht die Antwerpener Abgeordneten mindestens zum Theil dafür gewonnen werden, da zu der eigentlichen Opposition, also den Liberalen und Socialisten, die von vornherein Gegner aller Schutzölle sind, noch eine beträchtliche Zahl Abgeordnete der Rechten kommen, die, wie Beernaert, unentwegt die Antwerpener Abgeordneten unterstützen; jedoch lassen dieselben stets mit sich reden, wenn ihnen für ein Opfer eine gute Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Diese Entschädigung bietet ihnen die Regierung für den Antwerpener Hafen in Gestalt einer Vorlage über die Beschaffung — ganz oder theilweise — der Signal- und Lichtergebühren auf der Schelde, deren Ausfall dann zu Gunsten des Hafens vom Staate, d. h. von den Steuerzahlern wettgemacht werden soll. Die Antwerpener Abgeordneten sind auf den Handel eingegangen und so glaubt die Regierung darauf rechnen zu können, daß die ganze Schutzollvorlage mit etwa 10 Stimmen Mehrheit durchgehe. Außerst unbequem für die Regierung und charakteristisch für die Lage der Parteiverhältnisse ist es nun, daß kein geringerer, als der vorige Ministerpräsident Beernaert als erster Redner gegen die Vorlage das Wort ergreifen hat. Beernaert gab zu dem Zwecke geistern das Kammerpräsidium an den zweiten Vizepräsidenten ab und nahm die ganze Nachmittagsitzung für seinen Angriff auf die Vorlage in Anspruch, und als die Sitzung zu Ende ging, kündigte er für heute die Fortsetzung seiner Rede an. Derselbe war in hohem Grade aggressiv gegen das Ministerium und gegen die „Börsen-Gruppe“; die Burett mußte sich harte Worte über seine Wortführerschaft lassen und bei Woeffe vermisste Beernaert gar die notwendige Kenntnis der Grundfragen der Nationalökonomie. Ob nach Beernaerts Rede die Beifallstimmenmehrheit noch handhaben wird, auf die die Regierung zählt, erscheint fraglich. Jedenfalls wird der Streit lang und heftig werden, da bis jetzt schon über 40 Redner zur Generaldebatte angemeldet sind. — Es bestätigt sich, daß der christlich-socialen Führer und Abg. Kaplan Daens zum h. Vater berufen ist; es heißt, er habe die Kommode bereits angetreten. Jedenfalls wird diese zur Klärung der Verhältnisse innerhalb der katholischen Partei Belgiens beitragen. — Am Sonntag findet im Henne-gauer Waldkreise Rhin eine Erntewahl für den zurückgetretenen doctrinär-liberalen Abg. Ansapach statt. Es ist wahrscheinlich, daß dort ein Socialist gewählt werden wird.

Italien.

*** Rom, 8. Mai.** Cardinal Hohenlohe wußte vor einigen Tagen einem Diner beim Minister Blanc bei, obgleich es seit der Einnahme Roms in den kirchlichen Kreisen Sitte ist, den gesellschaftlichen Verkehr mit italienischen Beamten zu meiden. Der Cardinal sollte auch einen Toast ausgebracht haben; doch versichert die „Fanfulla“ in bestimmtester Form, daß dies nicht der Fall sei. Alle hierüber ausgebreiteten Gerüchte fielen in sich selbst zusammen. Es wäre übrigens nicht das erste Mal, daß der Cardinal einem Essen bei dem Baron Blanc beigewohnt habe, und Niemand habe daran Anstoß genommen. Der „Osservatore Romano“ meldet, der Papst habe den Cardinal heute bei sich empfangen, und zwar sei dieser ausdrücklich dazu befohlen worden. Verschiedenen Berichten zufolge soll der Papst dem Cardinal seine Billigung über dessen Haltung ausgesprochen und ihn aufgefordert haben, dieselbe entweder zu widerrufen oder zu erklären.

England.

*** London, 10. Mai.** Nach einer Wiener Meldung des Standard drückte Kaiser Alexander dem Fürsten Lobanow seinen Dank aus, daß er verstanden habe, Japan zur Nachgiebigkeit zu bewegen und auf diese Weise Rußland vor einem ernstlichen Kriege zu bewahren. Der Kaiser werde auch dem Fürsten v. Hohenlohe, dem Staatssecretär

Frehr. v. Marschall und dem deutschen Generalen v. Gutschmidt in Tokio seinen Dank zu erkennen geben. Aus Tokio wird dem Standard gemeldet, daß der Kaiser Alexander den Kaiser von Japan telegraphisch wegen seiner Mäßigung beglückwünschte. Auch von mehreren andern europäischen Herrschern seien dem Kaiser Glückwünsche zugegangen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai.

Umfuz-Vorlage. § 112 beut die Strafbestimmungen gegen Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam auf den Landsturm aus. Absatz 2 nach der Commissionsfassung bestraft die Verächtlichmachung von Heeres-Einrichtungen gegenüber Soldaten. Ein Eventual-Antrag Hausmann-Zenzmann lautet, Absatz 2 zu streichen.

Abg. Hausmann erklärt, die geführte Breiflegung in das Gesetz sei von guter Vorbereitung, Minister v. Koller trug zur Ablehnung der Vorlage bei. Das Material zur Begründung des § 112 ist durchaus unzureichend. Die Commissionsfassung hat die Regierungsvorlage nur verschlimmert. Man habe im Grunde nur eine einzige Anforderung an die Soldaten treffen wollen, nämlich die Aufforderung: Schießt nicht auf eure Weiber. Der Begriff der Verächtlichmachung sei unhaltbar. Die Ausführungen Kant's, daß die stehende Heere aufhören müßten, wären danach strafbar. Die strengen Bestimmungen gegen die Verächtlichmachung machen den § 112 zu einem Mauthor-Paragrafen.

Der Kriegsminister erklärt, der Vorredner habe über den Gegenstand nichts neues vorgebracht. Das mehrfach erwähnte Citat Freiligraths ist das Zeugnis einer hirnverbrannten Phantasie, das, als Jugendschrift in die Casernen gebracht, unabsehbare Schäden stiften könnte. Ich begreife das Antikypen der Social-Demokratie gegen die Armee. Denn diese feste Mauer aus Erz und Stein ist nicht niederzurennen mit den Köpfen ihrer Genossen. Die Social-Demokratie stößt an dem Fundamente der Mauer herum; diesen Voh-versuchen soll der § 112 begegnen.

Ich stehe auf dem Boden der Regierungsvorlage und halte die Commissionsfassung für nicht so gut. Im übrigen kann ich keinen anderen Standpunkt einnehmen; denn die verbündeten Regierungen haben noch nicht Gelegenheit gehabt, zu der Commissionsfassung Stellung zu nehmen.

Abg. Bebel meint, die herrschenden Klassen wünschten die Social-Demokraten zu Gewaltthaten zu provozieren, um sie dann durch die Militärgewalt niederzuschlagen zu können. Diesen Weg werde die Social-Demokratie nicht gehen. Die Verschärfung der Strafbestimmung ist überflüssig, sie trifft nur die notwendige Kritik. Das Material der Regierung ist nicht beweis-

kräftig. Kriegsminister v. Bronsart citirt einen Artikel aus dem Wortwärts, worin davon die Rede ist, den Kriegsminister wie einen tollen Hund niederzuschleichen. Wer das schreibt, der thut das nicht. (Zuruf Bebel's: Sehr richtig!) Wer ein fanatischer Dursche, der so etwas liest, könnte zur That angereizt werden. Der Minister bestritt, daß er den Bürgerkrieg als ein heftigeres Bild hingestellt habe. Allerdings wäre es heiter, wenn die Waffen, durch nicht gehaltene socialistische Versprechungen ungebühlig geworden, die socialistische Abgeordneten vor die Front riefen und diese dann zu heroischen Thaten aufgefordert würden. (Geleierter.)

Abg. Damm (nat.-lib.) erklärte, wenn der Kriegsminister seine heutige Erklärung bekräftige, daß die Regierungsvorlage des § 112 genüge, könnten die National-Liberalen für die Regierungsvorlage, sonst für die Commissionsfassung.

Der Kriegsminister erklärte, er könne über den Standpunkt der verbündeten Regierungen keine Erklärung abgeben, sondern nur Namens des preussischen Kriegsministeriums erklären, daß er die Regierungsvorlage vorziehe.

Abg. Spahn (Centr.) bemerkte, der Staatssecretär Rieberding und General-Militär Titzenbach hätten in der Commission nichts gethan, weshalb man auf die Regierungsvorlage zurückkommen sollte. Das Centrum stimme gegen den Antrag Hausmann und für die Commissionsfassung.

Staatssecretär Rieberding erklärte, die Voraussetzung für die Zustimmung zur Commissionsfassung wäre eine andere Gestaltung des § 111.

General-Militär Titzenbach sagte, daß er in der Commission keine bindenden Erklärungen abgegeben habe. Nachdem noch v. Levetzow (cons.) erklärt, seine Partei stimme für die Regierungsvorlage und gegen die Commissionsfassung, wird die Discussion geschlossen.

Abg. Hausmann zieht seinen Antrag zurück. Nunmehr wird § 112 in der Regierungsvorlage gegen die Conservativen, Reichspartei und National-Liberalen abgelehnt. Die Commissionsfassung wird gegen das Centrum abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Richter: Nachen wir es kurz. Verzichtet nun auf die Weiterberatung, damit durch eine Reihe von Abstimmungen die ganze

